

Bündnis **Sahra
Wagenknecht**

Vernunft
und Gerechtigkeit.



Köln 2025 Unser Programm.

BSW.

**Kölle
besser machen.**

Unsere Präambel

Hallo Köln!

Wir vom Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) treten hier bei der Kommunalwahl an, um eine neue politische Alternative zu schaffen, die sich konsequent für wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit einsetzt. Während die Regierung und anderen Parteien Unsummen in die Aufrüstung investieren, kämpfen die Menschen vor Ort mit maroden Schulen, mangelnder Kita-Betreuung und Ärzteversorgung, Kriminalität und niedrigen Renten. Dabei gehört das Geld in unsere Städte, Familien und Veedel – dorthin, wo die Menschen leben.

In Köln steht das BSW für eine offene, bürgernahe Politik, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen orientiert, frei von ideologischen Zwängen und den Plänen mächtiger Interessensgruppen. Wir setzen uns für starke Kommunen ein, damit das Leben vor Ort wieder besser funktioniert. Statt in prestigegetriebene Großprojekte zu investieren, haben wir die Lebensqualität der Kölnerinnen und Kölner im Blick. Als konsequente Friedenspartei fördern wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt, und wir sprechen die Sachen an, wie sie sind, denn nur so können wir die Herausforderungen angehen und meistern. In diesem Programm zeigen wir unsere Lösungen, kurz, klar und für alle verständlich.

Eine starke Stimme für eine lebenswerte, zukunftsfähige Stadt, in der das Miteinander im Vordergrund steht. Wir werden es besser machen – gemeinsam für unsere Millionenstadt.

Willkommen beim BSW Köln

Unsere Themen

I	Wirtschaft, Finanzen & Arbeit	S. 3
II	Verkehr	S. 4
III	Frieden & Freiheit	S. 6
IV	Sicherheit	S. 7
V	Bildung & Jugend	S. 8
VI	Gesundheit & Corona-Aufarbeitung	S. 9
VII	Wohnen	S. 11
VIII	Kultur	S. 12
IX	Inklusion & Teilhabe	S. 13
X	Energie & Klima	S. 13

Wirtschaft, Finanzen & Arbeit

Wirtschaftliche Vernunft ist nicht nur ein Begriff, sondern der zentrale Leitgedanke des BSW. Eine starke und innovative Wirtschaft bildet die Grundlage für den Wohlstand unserer Stadt. Durch Gewerbesteuerereinnahmen in Milliardenhöhe ermöglicht sie die Finanzierung des städtischen Haushalts. Doch durch bürokratische Überregulierung und hohe Energiekosten droht uns eine schwere Wirtschaftskrise. Erste Anzeichen zeigen sich bereits: Unternehmenspleiten, Arbeitsplatzverluste und Abwanderung wichtiger Industriezweige.

Wir streben eine ausgewogene, investitionsfreundliche Wirtschaftspolitik an, um Unternehmen zu fördern und Arbeitsplätze zu sichern. Der traditionelle Branchenmix ist ein stabiler Anker, der die Geschichte unserer Stadt seit jeher prägt. Politische Fehlentscheidungen bringen jedoch unsere Unternehmen in Bedrängnis.

Wirtschaft und Finanzen

- **Hohe Gewerbesteuer:** Mit einem Gewerbesteuerhebesatz von 475 % liegt Köln über dem Niveau von Düsseldorf (440 %), was Investoren und Arbeitsplätze vertreibt. Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit mit einer Senkung auf den Wert Düsseldorfs.
- **Ausufernde Bürokratie:** Unternehmen warten Monate oder Jahre auf Genehmigungen – ein bundesweit bekannter Stillstand, der Arbeitsplätze kostet und Neuansiedlungen abschreckt. Wir brauchen eine schnellere Verwaltung und unbürokratische Verfahren.
- **Mentalität "Kontrolle statt Service":** Unternehmer erleben die Stadt als bremsende Instanz statt als unterstützenden Partner. Wir setzen auf einen Kulturwandel in der Verwaltung hin zu einer Serviceorientierung.
- **Hohe Energiekosten:** Energieintensive Branchen wie Industrie, Maschinenbau, Chemie und Logistik stehen unter Druck. Wir benötigen wieder verlässliche, günstige Energie nach wirtschaftlichen und klimapolitischen Gründen, statt ideologischer Entscheidungen.
- **Deindustrialisierung:** Nicht nur bei Ford droht Kahlschlag; Köln ist vom Rückzug der Industrie stark betroffen. Wir schlagen einen Runden Tisch aus Politik, Unternehmern, Gewerkschaften und Betriebsräten vor, mit Fokus auf Offenheit für Technologien und Handelspartner.
- **Fehlgeleitete Verkehrspolitik:** Das marode Verkehrsnetz beeinträchtigt Unternehmen. Wir fordern auch die Rücknahme des PKW-Verbrennerverbots.
- **Konkurrenz statt Kooperation mit dem Umland:** Den Wirtschaftsraum Rhein-Ruhr als Ganzes stärken und enger mit Nachbargemeinden verzahnen, unter Berücksichtigung der Besonderheiten Nordrhein-Westfalens. Wir wollen Grenzen bei Regierungsbezirken, Verkehrs- und Landschaftsverbänden durchbrechen und eine gemeinsame Standortstrategie entwickeln.
- **Kölner Großmarkt in der Schwebe:** Händler und Gastronomen fehlt Planungssicherheit. Wir fordern eine sofortige Übergangslösung und langfristig ein modernes Frischezentrum mit guter Verkehrsanbindung.

- **Stärkung des lokalen Handels:** Schaffung attraktiver, sicherer Bereiche für den Einzelhandel mit guter Anbindung. Förderung bei leerstehenden Ladenflächen, Senkung von Gebühren und unnötigen Auflagen, insbesondere für Kleinunternehmen. Die Wirtschaftsförderung soll nicht nur Großunternehmen zugutekommen.
- **Kommunale Verschuldung:** Trotz steigender Steuereinnahmen wächst die Verschuldung – Köln lebt über seine Verhältnisse. Wir fordern einen sofortigen Stopp von Prestigeprojekten wie dem Ost-West-Stadtbahntunnel, Konzentration auf Pflichtaufgaben und Haushaltsdisziplin. Stetiges Monitoring und Sofortmaßnahmen, wie Umplanung, bei Kostenexplosionen sind essenziell.
- **Verankerung von Bargeld als Zahlungsmittel:** Annahmepflicht in kommunalen Einrichtungen und städtischen Betrieben wie Kundenzentren, Museen oder KVB. Auch bei Ausschreibungen (z. B. Parkhäuser) soll dies vorgeschrieben werden. Personalmangel darf keine Ausrede für eingeschränkte Kasseneröffnungszeiten sein – Einführung automatischer Kassensysteme möglich, wie im Einzelhandel üblich.

Arbeit

- **Fachkräftemangel im Handwerk:** Der einseitige Fokus auf Köln als Uni-Stadt vernachlässigt das Handwerk. Wir fordern eine Ausbildungsoffensive: Kooperationen zwischen Schulen und Handwerk, Wohnheime und Vergünstigungen für Auszubildende.
- **Prekäre Arbeitsverhältnisse:** Kampf gegen Niedriglohnsektor, insbesondere in Branchen wie Logistik oder Personenbeförderung durch globale IT-Unternehmen, die lokale Strukturen bedrohen und durch Steuersparmodelle dem Kommunalhaushalt schaden.
- **Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen und in Brennpunkten:** Chancenlosigkeit verstärkt soziale Probleme. Wir fordern Qualifizierungsoffensiven, lokale Jobzentren in den Vierteln und gezielte Förderung der Jugendarbeit.

Verkehr

Köln soll eine Stadt sein, in der Menschen gern und gut miteinander leben – auch im Verkehrsbereich. Dazu gehört eine hohe Aufenthaltsqualität mit attraktiven, autofreien Ruhezonen. Ebenso wichtig ist eine zügige Mobilität für Einwohner und Touristen. Wir streben einen gut ausgebauten, barrierefreien Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für alle an. Solange dieser nicht vollständig verwirklicht ist, sollen Autofahrer – insbesondere einkommensschwache aus Stadtteilen mit schlechter Anbindung – nicht unnötig belastet werden. Die Idee einer von Lärm- und Umweltbelastungen geschützten Stadt, vor allem in der Innenstadt, bleibt unser Leitbild. Alle Verkehrsteilnehmer – Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV-Nutzer und Autofahrer – sollen sich effektiv, sicher und angenehm durch Köln bewegen können. Besonders wichtig ist uns, dass die Stadt keine kostspieligen Projekte mit geringem Nutzen verfolgt und begonnene Vorhaben schneller und kostengünstiger umsetzt. Daher:

- **Keine Untertunnelung der Ost-West-Achse:** Rücknahme des Ratsbeschlusses für den Stadtbahn-Tunnel zwischen Heumarkt und Aachener Weiher, mit Fortführung unter der Dürener Straße in Lindenthal

Gründe: Enorme Kosten von deutlich über 1 Milliarde Euro, unkalkulierbare Risiken im historisch sensiblen Kernbereich einer fast 2000 Jahre alten Stadt, weitere Großbaustelle im Zentrum mit Verkehrsbeeinträchtigungen für Jahrzehnte; Lärm, Schmutz und Existenzgefährdung angrenzender Geschäfte, siehe Nord-Süd-Stadtbahn in der Südstadt. Das Projekt verhindert den Ausbau anderer Linien und ist ein reines Prestigevorhaben ohne nennenswerte Kapazitätserhöhung.

Unsere Lösung: Engere Taktung und Kapazitätserhöhung der Linien 1, 7 und 9 durch oberirdische, günstige Erweiterungen. Separate Doppel-Haltestellen an den Knotenpunkten Neumarkt und Heumarkt für parallele Zugabfertigung.

- **Statt Untertunnelung: Ertüchtigung und Ausbau des oberirdischen Stadtbahnnetzes:** Beibehaltung der Linie 18 bis Thielenbruch, Verlängerung der Linie 13 von Sülz über den Gürtel bis zum Rhein. Außenbezirke ohne Stadtbahn sollen schrittweise angebunden werden; bis dahin Einführung und Verbesserung von Schnell- oder Express-Bus-Verbindungen, auch am Stadtrand und in Nachbargemeinden.
- **Tunnelbau: Überschaubar und städtebaulich nutzbringend:** Prüfung einer Verlängerung des Autotunnels auf der Nord-Süd-Fahrt an der Oper. Die breite Fahrbahn ist eine Schneise durch die Innenstadt; der Offenbachplatz vor dem Opernhaus könnte einladend gestaltet werden, während der Autoverkehr unterirdisch fließt.
- **Tempo 30 in der Innenstadt:** Nachweislich senkt dies Verkehrstote und Schwerverletzte. Die Geschwindigkeitsreduzierung auf den Ringen hat die Aufenthaltsqualität gesteigert und Fahrverbote könnten vermieden werden (siehe fehlgeschlagener Versuch auf der Deutzer Freiheit).
- **Rheinüberquerung:** Sicherung der Fähre zwischen Köln-Langel und Hitdorf sowie Prüfung der Einführung von Wasserbussen
- **Sanierung und Ausbau:** Sanierung maroder Straßen, Rad- und Fußgängerwege. Ausbau von Fahrradfernwegen
- **Sichere Fußgängerwege:** Genügend Platz für Menschen mit Kinderwagen oder Rollatoren, klare Trennung zu Autostraßen und Radwegen. Parallele Nutzung nur ohne Behinderung der Fußgänger. Mehr Pausenmöglichkeiten durch Bänke an schattigen Plätzen
- **Schnellere Genehmigung von Schulstraßen:** Für die Sicherheit von Schulkindern
- **Effizientere Baustellenplanung:** Kürzere Bauzeiten, keine langen Unterbrechungen und Vermeidung mehrfacher Straßenöffnungen
- **Verkehrsleitsystem:** Bedarfsgerechte Ampelschaltung für alle Verkehrsteilnehmer, um den Fluss zu verbessern
- **Ausbau von Park-and-Ride sowie Bike-and-Ride:** Vor der Stadt und stadtweit bessere Abstellplätze für Fahrräder

- **Stärkung von Car-Sharing:** Schaffung geeigneter Stellplätze im gesamten Stadtgebiet
- **Mehr Parkplätze:** Besser gekennzeichnete Plätze für Handwerker, Lieferanten und häusliche Pflege (Wirtschaftszonen) sowie Quartiersparkplätze für Anwohner
- **Leih-E-Scooter:** Ausweispflicht für Nutzer, um gefährdendes Verhalten zu ahnden

Frieden & Freiheit

Die Friedenspolitik ist das Kernthema des BSW. Die aktuelle billionenschwere Verschuldung und die Bereitschaft, fast die Hälfte des Bundeshaushalts für Rüstung und Krieg auszugeben, ruinieren die ohnehin klammen Kassen von Ländern, Städten und Kommunen und verschärfen bestehende Probleme dramatisch. Deshalb müssen wir auch in den Kommunen der Aufrüstungs- und Kriegspolitik widersprechen. Die Bilder vom 1945 zerstörten Köln sollten uns alle mahnen, uns dem Wahnsinn von Krieg und Rüstung entgegenzustellen.

Wir setzen uns in Köln für folgende Forderungen ein:

- Unterstützung aller Menschen, die für Frieden, Freiheit und Grundrechte eintreten. Wir fördern den offenen Diskurs und widersprechen der Cancel Culture, die unerwünschte Meinungen mundtot macht. Dem Kölner Establishment halten wir den Spiegel vor, wenn hinter Phrasen von Weltoffenheit und Demokratie das Gegenteil praktiziert wird.
- Widerspruch gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen, um keine Zielscheibe atomarer Angriffe zu werden. Der Fliegerhorst Nörvenich liegt nur 30 km entfernt, die Atomwaffen am Fliegerhorst Büchel nicht mal 100 km.
- In Köln-Wahn befindet sich einer der größten NATO-Umschlagstützpunkte. Bei einem NATO-Bündnisfall wären wir militärischer Dreh- und Angelpunkt.
- Der „Operationsplan Deutschland“ koordiniert Behörden für den Kriegsfall, inklusive Absicherung von NATO-Truppenaufmärschen. Diese Umverteilung von Ressourcen verschlechtert kommunale Lebensbedingungen weiter. Während Krankenhäuser schließen (z. B. Holweide, Kinderklinik), wird über unterirdische Kriegsstationen diskutiert – das lehnen wir ab.
- Wir informieren Bürger und unterstützen Initiativen gegen solche Entwicklungen.
- Eintreten für ein atomwaffenfreies Deutschland gemäß Bundestagsbeschluss vom 26.03.2010 und Anschluss an über 8000 Bürgermeister weltweit für eine Welt ohne Atomwaffen.
- Keine Werbung der Bundeswehr in Kölner Schulen; Jugendoffiziere haben dort nichts zu suchen, ebenfalls Ablehnung von Bundeswehr-Werbung in städtischen Liegenschaften, Sportstätten, Verkehrsmitteln, Museen oder Messe. Auch die Wiedereinführung der Wehrpflicht bereitet uns große Sorgen.
- Angesichts der Völkerrechtsverbrechen Israels in Gaza: Ende der Solidaritätsbeflaggung am Rathaus.

- Pflege und Ausbau aller Städtepartnerschaften, auch mit Wolgograd und Bethlehem.

Bedauerlicherweise rufen einige nach Waffen und Kriegstüchtigkeit – ein Weg, der unser Zusammenleben und Debatten vergiftet. Respekt statt Überheblichkeit, Dialog statt Verweigerung und offener Debattenraum sind unser Weg zum inneren und äußeren Frieden.

„Seid Menschen. Seid vernünftig.“ – Margot Friedländer (1921–2025)

Sicherheit

Eine lebenswerte Stadt entsteht dort, wo Sicherheit nicht nur ein Versprechen, sondern ein Gefühl für alle ist.

Das gilt für Köln nur begrenzt; die Stadt belegt in der Kriminalitätsstatistik Nordrhein-Westfalens seit Jahren Spitzenplätze. Bürger fühlen sich im öffentlichen Raum oft unsicher – zu Recht. Unterführungen, Haltestellen, Parkhäuser, Parks, Spielplätze und Orte wie Neumarkt, Ebertplatz oder Wiener Platz werden gemieden. Wenn sich Menschen aus Angst zurückziehen, hat die Stadt als Lebensraum versagt. Es braucht ein neues Miteinander.

Das BSW will mehr Sicherheit für Köln: Aktionen gegen Kriminalität, Prävention für sichere Räume, gemeinsam geschaffen mit Polizei, Stadt und Kölner Bürgern.

- **Schließung und Umzug des Drogenkonsumraums am Neumarkt:** Wir befürworten Drogenkonsumräume als Schutz für Suchtkranke und mögliche Brücke zu einem suchtfreien Leben. Der Neumarkt ist jedoch ungeeignet, da er Dealer anzieht; die Situation ist für Anwohner und Passanten untragbar. Verlegung an einen Ort mit echter Unterstützung und Aufenthaltsangeboten, nicht nur Verdrängung. Gemeinsames Handeln von Stadt, Polizei und Zivilgesellschaft ist nötig.
- **Der Veedels-Polizist:** Wo ist er, der uns von früher so bekannte Bezirkspolizist? Wiederbelebung des bekannten Bezirkspolizisten als dauerhaften Ansprechpartner vor Ort, um Probleme früh zu erkennen und zu lösen.
- **Streetworker:** Mehr Streetworker in Brennpunkten für alle Gruppen, nicht nur für Obdachlose, Drogenhilfe oder Jugendarbeit. Virtuelle Streetwork gegen Radikalisierung und zur Stärkung des Demokratiebewusstseins.
- **Gemeinsames Aktionsbündnis von Stadt und Polizei (Ordnungspartnerschaft):** Ausbau bestehender Partnerschaften mit gut ausgebildetem Personal. Gemeinsame Ausbildungsinitiative von Ordnungsamt und Polizei im Kriminalpräventiven Rat (KPR).
- **Integration von zugewanderten Menschen und Flüchtlingen:** Integration in Sprache und Kultur muss begleitet werden, damit sie erfolgreich sein kann. Finanzieller Spielraum ist notwendig um mögliche Fehlentwicklungen bereits im Ansatz zu erkennen und ihnen vorzubeugen. Auf engstem Raum untergebrachte Menschen ohne Perspektive sind eine Brutstätte der Kriminalität. Die Stadt sollte

nur so viele Zuwanderer aufnehmen, wie sie auch menschenwürdig und finanziell aufnehmen kann.

- **Smarte, steuerbare Beleuchtung:** Zur Erhöhung der Sicherheit an dunklen Plätzen. Identifizierung der Orte gemeinsam mit der Polizei.
- **Waffenverbotszonen und Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten:** Einrichtung nach dem Polizeigesetz unter engen Rahmenbedingungen. Sie ermöglichen anlasslose Kontrollen zur Gefahrenabwehr und sichern Beweise im Rahmen der Strafverfolgung. Soweit sie die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit einhalten, sehen wir sie als sinnvolle Ergänzung für ein sicheres Köln an.

Veränderungen brauchen Zeit, aber wir hören hin, wo andere wegschauen. Wir möchten zurückgewinnen, was unsere Stadt im Innersten zusammenhält: Vertrauen, Sicherheit und das Gefühl willkommen zu sein.

Bildung & Jugend

- **Kindertagesbetreuung:** Köln ist als „kinderfreundliche Kommune“ ausgezeichnet, doch die Realität zeigt oft ein anderes Bild. Auch wenn vieles Landesaufgabe ist, sollte die Stadt ihre Mittel besser nutzen. Wir fordern kostenfreies Essen in Kitas und Schulen, zumindest für Kinder aus Niedrigeinkommensfamilien ohne Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT).
- **Bedarfsorientiertes Vorschuljahr zur Schließung von Bildungslücken:** Immer mehr Kinder starten die Schule ohne Kita-Erfahrung, mit Sprachdefiziten oder fehlenden pädagogischen Grundlagen – besonders bei Zuwanderungshintergrund oder benachteiligten Haushalten. Seit dem Wegfall der Vorschulklassen 2005/2006 haben sich Rahmenbedingungen verändert. Das BSW wird sich dafür einsetzen, dass ein Umdenken stattfindet und politischer Druck für Veränderungen ausgeübt wird. Wir brauchen ein wirksames Frühwarnsystem. Hier sollen Kinder ohne Kitaplatz, neu zugezogene Kinder, kurz vor der Einschulung, sowie mit Unterstützungsbedarf identifiziert und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden. Ein bedarfsorientiertes Vorschuljahr ist notwendig.
- **Schulische Bildung:**
 - Dringende Sanierung: Schulen sind oft marode, Sanitäranlagen und Sportstätten mangelhaft. Wir fordern eine Sanierungsoffensive und Investitionen in neue Schulen mit Mitteln von Bund und Land, wobei Grundstücke und Gebäude in öffentlicher Hand verbleiben. Priorisierung nach Schulsozialindex. Mindestens ein Schulsozialarbeiter pro Schule für Integration, Inklusion und Teilhabe.
 - Verzicht auf Smartphones/Tablets in der Primarstufe für gesunde Entwicklung; Fokus auf analoges Lernen: Lesen, Schreiben, Rechnen. Handschrift stärkt Gehirnvernetzung, wie auch Studien belegen, aktiviert mehr Gehirnregionen und fördert so Lernen und Gedächtnis.

Ab Klasse 4: Pädagogisch begleiteter Einstieg in digitale Medien, mit Fokus auf Cyber-Mobbing und digitale Gewalt als zentrale Gefahren im Netz

- **Jugend:**
 - Köln jugendgerechter machen: Neue Freizeiträume schaffen und bestehende pflegen und erhalten.
 - Kostenfreie Schülerbeförderung mit der KVB für sichere Mobilität und Eigenständigkeit
 - Virtuelles Streetworking gegen Cybermobbing, Radikalisierung und zur Stärkung des Demokratiebewusstseins.
 - Einrichtung eines Jugendrats als „Experten in eigener Sache“: Jugendliche verschiedenen Alters tragen Bedürfnisse ungefiltert dem Stadtrat vor.

Gesundheit

Corona-Aufarbeitung

Die verfehlte Coronapolitik mit Ausgangssperren, Kontaktbeschränkungen, Schließungen von Geschäften und Schulen, Massentests, Impfdruck und Impfpflicht hat unser Zusammenleben geprägt und eine tiefe Spaltung verursacht, ohne vulnerable Gruppen effektiv zu schützen. Besonders Kinder und Jugendliche litten unter Schließungen, mit anhaltenden psychischen und Lernstörungen. In Köln gab es den breiten „Coronaaufruf“ von Parteien, Gewerkschaften, Kunst und Presse. Kritiker wurden diffamiert und ausgegrenzt.

Trotz Behauptungen, die Coronazeit sei vorbei, leiden viele an Long-Covid und Post-Vac ohne ausreichende Unterstützung. Wir brauchen offenen Dialog zur Überwindung der Spaltung und konsequente Aufarbeitung, um Wiederholungen zu vermeiden.

Wir fordern:

- Herausgabe der Coronaprotokolle der Stadt Köln zur Prüfung der Maßnahmen, denn wie das Berliner Schwarzbuch, eine BSW-Initiative, zeigt: Pandemiemaßnahmen erfolgten willkürlich und ohne wissenschaftliche Basis; RKI folgte Politik, und nicht umgekehrt, also den damaligen Gesundheitsministern
- Amnestie für unverhältnismäßige Strafen
- Anerkennung und Unterstützung Impfgeschädigter, insbesondere bei Kindern
- Maßnahmen gegen gesellschaftliche Spaltung durch Ausgrenzung von Kritikern
- Keine Finanzierung gefährlicher Gain-of-Function-Forschung, da Laborhypothese zum Virusursprung sich immer deutlicher zu bestätigen scheint

Militarisierung des Gesundheitswesens und Krankenhausschließungen

Eine Politik gegen die eigene Bevölkerung. Der Operationsplan Deutschland ist zwar Geheimsache, aber Generalleutnant Bodemann sagte im Interview mit der FAZ am 22.4.2024 „Im Frieden befinden wir uns schon lange nicht mehr“ und im „Ernstfall käme es auf jeden Bürger an“. Im Klartext bedeutet es die Militarisierung sämtlicher ziviler Bereiche, wobei dem Gesundheitswesen eine herausragende Rolle zugeordnet ist. Während das Geld für angemessene Löhne und Personalschlüssel im Krankenhaus fehlt sollen Milliarden in die Aufrüstung fließen, auch mit dem Ziel, das deutsche Gesundheitswesen kriegstauglich zu machen.

Im Interesse der Bundeswehr liegt ein Ausbau des Gesundheitswesens nur soweit er militärischen Zwecken dient. Die Planungen des Gesundheitssystems würden sich noch weniger an den tatsächlichen Bedarfen der Bevölkerung orientieren. Dadurch gibt es keine Stärkung des Gesundheitswesens, sondern es droht eine Unterwerfung ziviler Versorgungsstrukturen unter das Militär und dessen Zielsetzung.

Im Kriegsfall käme es zu einer Verknappung der zivilen Krankenhausversorgung, da die verletzten Soldaten vorrangig behandelt werden müssen. Im Kriegsfall gilt die umgekehrte Triage, leicht verwundete Soldaten würden vorrangig behandelt, vor schwer erkrankten Zivilisten, z.B. mit Herzinfarkt oder Schlaganfall. **Krankenhausschließungen** in Holweide und der Kinderklinik Amsterdamer Straße verknappen zusätzlich die Versorgungskapazitäten.

Die Fehlentwicklungen im deutschen Gesundheitswesen der letzten Jahre erschweren bereits heute für alle spürbar die Versorgung der Menschen. In dieser Situation notwendige Ressourcen in die Militarisierung der Gesellschaft und des Gesundheitswesens zu stecken ist Politik gegen die eigene Bevölkerung.

Geplant ist der Bau eines unterirdischen Tunnels mit 100 Behandlungseinheiten auf dem Gelände des Klinikums Merheim für die notfallmäßige Versorgung verletzter Soldaten. Nicht nur kostspielig, sondern auch ein militärisches Ziel, da es sich dann um ein **Dual-Use-Krankenhaus** handelt, sowohl für zivile als auch militärische Zwecke. Wie aus den aktuellen Kriegsgebieten in der Ukraine und in Gaza bekannt, werden medizinische Einrichtungen im Krieg bevorzugt angegriffen. Da schützt auch kein Völkerrecht.

Statt uns an der zunehmenden Militarisierung zu beteiligen, fordern wir die Sicherung der zeitnahen und bedarfsgerechten medizinischen und pflegerischen Versorgung für alle Menschen in unserer Stadt und in unserem Land. Ein schnellerer Zugang zu Behandlungsterminen und verbesserte Bedingungen für die Beschäftigten im Gesundheitswesen sind dringend erforderlich. Die Kinderklinik Amsterdamer Straße und das Krankenhaus Holweide sollten erhalten bleiben.

Pflegenotstand

Die Pflegefinanzierung ist in der Krise: Die Beiträge steigen und die Kommunen sind überfordert. 2020 wurden verfassungswidrig 6 Milliarden Euro aus der Pflegeversicherung für Corona-Maßnahmen entnommen. Statt einer Rückzahlung gab es 3 Milliarden Euro für den Ukraine-Krieg. Wir fordern sofortige Rückzahlung der 6 Milliarden Euro an die Pflegekasse, mit Weiterleitung an Kommunen – statt Kürzungen und weiteren Beitragserhöhungen.

Wohnen

Bestandsaufnahme: 75 % der Kölner leben zur Miete. Seit Jahrzehnten fehlen bezahlbare Wohnungen für Gering- und Mittelverdiener (Schätzungen zufolge: über 100.000). Fast 50 % haben Anspruch auf Wohnberechtigungsschein. Die mittlere Angebotsmiete betrug 2022 13,40 Euro; in gefragten Vierteln bis 30 Euro; allein seit 2021 stiegen in NRW die Mieten um 20 %. Weitere Verschärfung durch geringe Bautätigkeit, wenige Baugenehmigungen und Unterbesetzung im Bauamt. Sozialwohnungen sanken von 105.000 (1990) auf 37.000 (2023), was den Markt dramatisch belastet. Schon jetzt geben viele Kölner 40–50 % ihres Einkommens für Miete aus.

Grundstücke und Liegenschaften: Grund und Boden sind in einer Stadt wie Köln nicht vermehrbar und deshalb ein knappes Gut. Bauland ist in Köln knapp und teuer. In Bezug auf das Marktversagen muss die Stadt gegensteuern und klug mit ihren Grundstücken umgehen. Nach Möglichkeit sollte die Stadt Grundstücke selber erwerben, z.B. nicht mehr genutzte Gewerbeflächen, Kaufhäuser und Industriebrachen. Köln muss das Vorkaufsrecht der Stadt systematisch nutzen und auf Landesebene muss dieses Recht auch abgesichert werden.

Denn die Wohnungspolitik der etablierten Parteien ist gescheitert. Wohnen ist ein Menschenrecht; die Kommunalpolitik in Köln muss es umsetzen.

Das BSW fordert:

- Beschluss des Wohnungsnotstands durch den Rat.
- Aufbau einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft nach Wiener Modell für günstige Wohnungen, die dauerhaft bezahlbar bleiben.
- Günstige Grundstücke für gemeinnützige Träger, Verkauf oder Pacht
- Verwaltungsoptimierung: Bessere Bezahlung für Fachkräfte in Bauen, Wohnen und Mieten, um Stellen zu besetzen
- Optimierte Flächennutzung: Nachverdichtung, z.B. Wohnungen über Supermärkten, Umnutzung ungenutzter Gewerbeflächen
- Vergabe von Grundstücken im Erbbaurecht
- Einführung einer Leerstandsabgabe gegen Spekulation: Einnahmen für kommunale Wohnungsgesellschaften
- Mehr soziale Erhaltungssatzungen gegen Verdrängung und Luxusmodernisierung: Köln hat nur 3 Gebiete, das kleinere Düsseldorf 13
- Zeitnahe Umsetzung von Enteignungen durch Bezirksvertretungen
- Bundesmittel für Umnutzung ungenutzter Gewerbeimmobilien zu Wohnzwecken
- Einsetzen beim Deutschen Städtetag für ein Programm zur Stärkung der Bauämter
- Qualifizierter Mietspiegel, der Bestandswohnungen berücksichtigt
- Streichung unsinniger Bauvorschriften, auch beim Klimaschutz, um Bauen bezahlbar zu halten

- Günstiger Wohnraum für Auszubildende und Studenten durch Lösungen, wie Werkwohnungen
- Förderung inklusiver Wohnformen: Mehrgenerationenprojekte, wie bei der GAG
- Stärkere Förderung seniorenerechten Wohnens
- Vermietung leerstehender Wohnungen; falls keine Reaktion der Eigentümer, übernimmt die Stadt
- Bußgelder bei illegaler Vermietung, z.B. bei Zweckentfremdung über AirBNB

Kultur

Köln ist eine lebendige, vielfältige Stadt, geprägt von Kultur, Kreativität und Offenheit – ein Magnet für Künstler, Kulturbegleiter und innovative Denker. Um diese Atmosphäre zu bewahren und auszubauen, setzen wir auf ein starkes, inklusives und zukunftsfähiges Kulturkonzept für alle Kölner.

Köln soll ein Ort bleiben, wo Kultur zugänglich ist, kreatives Wachstum ermöglicht und Brücken zwischen Generationen und Kulturen geschlagen werden. Das BSW setzt auf folgende Schwerpunkte:

- **Kostenfreie Kulturangebote:** Kein Ausschluss durch Eintrittspreise; Förderung von Programmen wie „Kultur für alle“ für sozial Benachteiligte
- **Kostengünstige Kulturangebote:** Einführung einer Köln-Card, die Kultur und Mobilität kombiniert
- **Digitalisierung der Kulturlandschaft:** Weiterentwicklung digitaler Angebote, auch in äußeren Stadtteilen
- **Unterstützung von Künstlern und Kreativen:** Starkes Netzwerk mit niedrigschwelligen Förderprogrammen und Beratung
- **Stärkung kreativer Arbeitsräume:** Leerstände als Atelier oder Proberäume nutzen, um teure Mieten zu vermeiden
- **Integration durch Kultur:** Projekte für Dialog zwischen Kulturen
- **Stärkung der Kölner Theaterlandschaft:** Erweiterung und Diversifizierung, Förderung freier Gruppen und innovativer Projekte
- **Internationale Partnerschaften:** Intensivierung des Austauschs mit Künstlern aus Europa und weltweit

Inklusion & Teilhabe

Unser Ziel: Die vollständige Umsetzung von Inklusion, Gleichberechtigung und ausreichende Hilfsangebote in allen Lebensbereichen. Räume zu schaffen, in denen alle gleichberechtigt sind – unabhängig von Fähigkeiten, Hintergründen oder Bedürfnissen. Köln soll diesem Anspruch gerecht werden.

Das BSW fordert:

- Bedarfsorientierte, ausreichend ausgestattete Einrichtungen, Beratungs- und Hilfsangebote für Menschen mit Beeinträchtigungen, für ihre Familien und Senioren
- Ausbau von Therapie- und Beratungsangeboten für psychisch oder suchtkranke Menschen
- Barrierefreie Köln-App und bessere ÖPNV-Nutzungsmöglichkeiten
- Genügend Plätze und Personal in integrativen Kitas und Schulen; gemeinsame Ferienfreizeiten für Kinder mit und ohne Handicap
- Einstellung von „Bildungskoaches“ mit Behinderung für Expertenschulungen vor Ort
- Schaffung barrierefreier, bezahlbarer Sozialwohnungen für Senioren und Menschen mit Behinderung

In Köln sollte jeder Mensch die gleichen Chancen haben und das nicht nur als Vision, sondern im gelebten Alltag.

Energie & Klima

Hohe Energiepreise belasten Bürger, Mittelstand und Industrie. Die Kölner Klimapolitik setzt auf teure Prestigeprojekte statt auf wirksame Maßnahmen. Die einkommensschwache Bevölkerung trägt die Last, während einige Branchen profitieren. Industrie und Jobs sind durch ideologische Verbote gefährdet. Deshalb fordern wir:

- **Gerechten Klimaschutz:** Gebäudesanierungen nur mit Mieterschutz, keine erzwungenen, teuren Heizungswechsel
- **Pragmatischen Umbau:** Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden, Nutzung von Abwärme und Geothermie
- **Stärkung von Grünflächen:** Mehr Bäume, Erhaltung und Ausbau von Parks, und Begrünung gegen Hitzeinseln

Köln braucht vernünftigen Klimaschutz mit Anreizen statt Verboten, und bezahlbare Energie für Bürger und Unternehmen.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht steht für Vernunft, soziale Gerechtigkeit und gesunden Menschenverstand. Wir wollen ein Köln, das für alle Bürger lebenswert ist – eine Stadt mit bezahlbarem Wohnraum, guten Arbeitsplätzen, funktionierender Infrastruktur und starkem Zusammenhalt. Wir machen Politik, die zuhört, Probleme mutig und klar benennt, und Lösungen bietet.

Für uns zählen Vernunft statt Ideologie, Gerechtigkeit und Dialog statt gesellschaftlicher Spaltung. Dieses Programm ist unser Angebot für eine bessere Zukunft; für ein besseres Köln. Gehen wir es gemeinsam an.

BSW.

Fragen? Wir geben unser Bestes.

Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW)
Kreisverband Köln

Telefon: 0221 29276744
E-Mail: info@BSWkoeln.de
www.BSWkoeln.de

Und bei den sozialen Netzwerken.

Köln, im August 2025



Kölle besser machen.